Stuttgart / Berlin, den 18. November 2026

Erste Überprüfungskonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV / TPNW) Deutschland darf nicht fehlen!

Sehr geehrter Herr Bundesminister Wadephul,

vom 30. November bis 4. Dezember 2026 wird die erste Überprüfungskonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV / TPNW) bei den Vereinten Nationen in New York stattfinden. Bislang hat sich Ihr Haus noch nicht zur deutschen Teilnahme geäußert.

Wir erwarten von der Bundesregierung, diese wegweisende Konferenz als Beobachterin zu begleiten, den Dialog mit den Mitgliedsstaaten zu suchen und sich konstruktiv für nukleare Abrüstung und die Unterstützung der Betroffenen von Atomwaffen einzusetzen!

Knapp sechs Jahre nach seinem Inkrafttreten sind dem AVV bereits 101 Staaten beigetreten oder haben ihn unterschrieben. Das ist die Mehrheit der Staaten dieser Welt!

Der Atomwaffenverbotsvertrag verbietet allen Mitgliedern Entwicklung, Besitz, Weitergabe, Stationierung, Drohung mit und Einsatz von Atomwaffen. Damit setzt er der Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen eine starke völkerrechtliche Norm entgegen. Außerdem sieht er erstmals internationale Programme zur Unterstützung der Millionen Menschen vor, die unter den Folgen der beiden Einsätze und über 2.000 Testexplosionen von Atomwaffen leiden.

An den ersten beiden Staatenkonferenzen des AVV in den Jahren 2023 und 2024 nahm das Auswärtige Amt beobachtend teil, um den Dialog zwischen Vertragsstaaten und den Nicht-Vertragsstaaten zu fördern. Der deutsche Botschafter Rüdiger Bohn äußerte damals das Interesse Deutschlands an einer praktischen Zusammenarbeit sowie an der größeren Aufmerksamkeit für und Unterstützung von Betroffenen von Atomwaffen.

Bei der dritten Staatenkonferenz im Jahr 2025 fehlte Deutschland jedoch. Diesen Rückschritt halten wir für fatal. Gerade in Krisenzeiten ist es notwendig, den multilateralen Austausch über atomare Abrüstung trotz unterschiedlicher Perspektiven aufrecht zu erhalten. Wir erwarten daher von Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, ein klares Bekenntnis zur konstruktiven Begleitung des AVV!

Wie nötig nukleare Abrüstung ist, führt uns die aktuelle Situation deutlich vor Augen: Wir beobachten unter anderem gefährliche Drohungen aus Moskau und eine vermutete Stationierung von Nuklearwaffen in Belarus. **Unter Missachtung des Abrüstungsgebotes aus Artikel 6 des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) haben die Atomwaffenstaaten im vergangenen Jahr insgesamt 119 Milliarden US-Dollar in ihre Arsenale investiert.**

Deutschland möchte die Bedeutung von Atomwaffen durch eine neue Kooperation mit Frankreich weiter stärken. Unterdessen bleibt die Anerkennung und Entschädigung der Überlebenden von Atomwaffentests und -einsätzen sowie die Sanierung ehemaliger Testgelände völlig unzureichend.

Der Atomwaffenverbotsvertrag stellt die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen klar in den Fokus der Debatte und hat sie als Thema in der internationalen Politik verankert. Eingebettet in die nukleare Abrüstungsarchitektur kann er den unter Druck geratenen NVV an wichtigen Stellen ergänzen und stärken!

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir bitte Sie daher dringend:

- **Nehmen Sie an der ersten Überprüfungskonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages beobachtend teil** und ermutigen Sie weitere NATO-Staaten zu diesem Schritt! Der Dialog zwischen AVV und NVV muss weitergeführt werden, um Wege zum gemeinsamen Ziel einer Welt ohne Atomwaffen zu finden.
- **Beteiligen Sie sich an der Unterstützung der Betroffenen von Atomwaffentests und der Sanierung kontaminierter Regionen** in Übereinstimmung mit den humanitär-menschenrechtlichen Zielen und Vorgaben des AVV (speziell Art. 6 und 7).
- **Gehen Sie sichtbare Schritte auf dem Weg zu einem deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!**

Die Vertragsstaaten des AVV gestalten einen Weg zur nuklearen Gerechtigkeit und um gemeinsam das im Nichtverbreitungsvertrag vereinbarte Ziel einer vollständigen nuklearen Abrüstung zu erreichen. Im Sinne einer Stärkung des Völkerrechts sollte Deutschland diesen Prozess im Rahmen der Vereinten Nationen mit allen Kräften unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichnende

Roland Blach, Aktionsbündnis »atomwaffenfrei.jetzt«

Simon Bödecker, Ohne Rüstung Leben

Silvia Bopp und **Volker Nick**, Friedenswerkstatt Mutlangen

Barbara Bürger, Versöhnungsbund e.V. – Gruppe Magdeburg

Heidemarie Dann, Hiroshima-Bündnis Hannover

Suzanne Eade Roberts, Church and Peace – Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk

Dr. Matthias-W. Engelke, Versöhnungsbund e.V. – Regionalgruppe Cochem-Zell

Karin G. Fritzsche, »frauen wagen frieden« – AG der Ev. Landeskirche der Pfalz

Eckart Garbe, Pazifik-Netzwerk e.V.

Kristian Golla, Netzwerk Friedenskooperative

Regina Hagen, Darmstädter Friedensforum

Hubertus Sonntag, Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) Deutschland

Ernst-Ludwig Iskenius, IPPNW Mecklenburg-Vorpommern

Norman Jost, Friedensdorf Bildungswerk

Dr. Hannes Jung, Science4Peace

Yannick Kiesel, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Heidrun Kisters, Friedensinitiative Hunsrück

Dr. Odette Klepper, Aachener Bündnis gegen Atomwaffen

Dr. Elke Koller, Initiativkreis gegen Atomwaffen

Annegret Krüger, Frauennetzwerk für Frieden e.V.

Mariana Lechterbeck, Deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit e.V. (WILPF Germany)

Michael Müller, NaturFreunde Deutschlands

Wolfgang Nick, Friedensmuseum Nürnberg e.V.

Volkert Ohm, IALANA Deutschland

Willi van Ooyen, Friedens- und Zukunftswerkstatt

Belit Onay, Mayors for Peace, Lead City Hannover

Lars Pohlmeier, Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW) Deutschland

Benjamin Pütter, Versöhnungsbund e.V.

Michael Schmid, Frieden wagen e.V.

Petra Schmidt, Attac Dresden

Joachim Schröder, Friedensforum Neumünster

Martin Singe, pax christi – Gruppe Bonn

Michael Sünner, Kölner Friedensforum

Dr. Hildegard Slabik-Münter, Friedensgruppe Daun

Birgit Wehner und **Odilo Metzler**, Internationale katholische Friedensbewegung pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Prof. Dr. Manfred Mohr, ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons)

Christa Winter, Marburger Bündnis »Nein zum Krieg!«